



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 886 690

P/XV/6 -- 8. Januar 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Gespräch Es geht um mehr als Lohn und Arbeitszeit	74
3 - 5	"Europa ist nicht ohne die Arbeiter zu schaffen" Vorschau auf die Januar-Tagung des Europäischen Parlaments	145
6	Die Probe der westlichen Welt Zu Eisenhowers Botschaft an die amerikanische Nation	48
7	Farbige Studenten und die deutsche Bevölkerung Gewinner wie neue Freunde in den Völkern Afrikas und Asiens? Eine interessante Tagung	39

* * *
* * *

Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Gespräch

rd - Für manche Leute war es schwer, zu begreifen, daß die Zusammenkunft der Spitzenvertreter der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften fast ausschließlich der Erörterung von Verfahrensfragen, im Falle von Lohn- und Arbeitszeitkämpfen diene, nicht aber diesen Lohn- und Arbeitszeitfragen selbst. Diese Fragen wurden nur am Schluß der Besprechung und am Rande erwähnt. Aber Lohn- und Gehaltsbewegungen und die Regelung der Arbeitszeit sind ausschließlich den Einzelgewerkschaften und ihren direkten Tarifpartnern, den Arbeitgeberverbänden bestimmter Industriezweige vorbehalten. Mit ihnen haben die Spitzenverbände nichts zu tun. Außerdem stehen solche Verhandlungen ja kurz bevor und die Gewerkschaften haben gar keine Veranlassung, wegen der systematischen, psychologischen Abwehrkampagne der Arbeitgeber gegen die erhöhten Lohnforderungen nervös zu werden und Gespräche darüber in nicht zuständige Organe, seien es nun diese Spitzenverbände oder gar "unabhängige Sachverständigen-Gremien" zu verlagern.

Das Kölner Gespräch war schon deswegen wichtiger als die bevorstehenden Lohn- und Arbeitszeit-Verhandlungen, weil sich in ihm zeigen sollte, wie weit eine Gefährdung der demokratischen Rechte eines Teils unserer Bevölkerung, der Arbeitnehmer, heute bereits besteht. Ob die Arbeitgeber, in Ausnutzung des Kasseler Urteils gegen die IG Metall, das diese demokratischen Rechte beschränkt, versuchen wollen, die Gewerkschaften in die Knie zu zwingen; ob sie, falls das Urteil dazu nicht ausreicht und die Gewerkschaften nicht kapitulieren, ihre politischen Beauftragten in Regierung und Parlament zu gewerkschaftsfeindlichen Gesetzen anzuspornen gewillt sind. Ankündigungen dazu gab es in der letzten Zeit in ausreichendem Maße.

Für die Gewerkschaften mußte sich aus diesem Gespräch eine Antwort auf die Frage finden, welche Strategie und Taktik sie in künftigen Arbeitskämpfen anzuwenden haben, und wie hoch ihre Forderungen, unter Einzug der Kasseler Konsequenzen, gestellt werden müssen. Denn für sie steht das Problem, sowohl die gewerkschaftliche Unabhängigkeit als auch die Rechte der Arbeitnehmer und schließlich deren sozialen Standard sicherzustellen. Insofern war das Kölner Gespräch nach dem Abbruch der Verhandlungen über die Schlichtungsabkommen durch die Arbeitgeber der Metallindustrie ein Abtauchen der Fronten. Das Gespräch hat zu keinen materiellen Ergebnissen geführt und das ist ein sehr wichtiges Ergebnis.

Sieht man von den für die Öffentlichkeit bestimmten lächelnden und händeschüttelnden Gesprächspartnern der Zeitungsberichte ab, so ergibt sich: Die Arbeitgeber beharren auf ihrem Kasseler Pyrrhussieg über die Demokratie - und die Gewerkschaften auf ihren demokratischen Rechten. Das bedeutet, die nächsten Auseinandersetzungen um Fragen der Löhne, Gehälter und Arbeitszeit werden, vor allem in der Metall Industrie, in der die ersten Tarife Ende Februar ablaufen, ohne zwischengeschaltete Schlichtungsinstanzen geführt werden müssen.

Erst in diesem Zusammenhang wird die psychologische Kampagne der Arbeitgeber gegen die Lohnforderungen der Gewerkschaften interessant. Seit der Mitte des Vorjahres, als die Arbeitskräfte knapp wurden, und damit die Stellung der Gewerkschaften stärker als je zuvor, "warnt" Präsident Paulsen vor den damals noch gar nicht erhobenen Lohnforderungen. Er warnt vor ihren Auswirkungen auf die Preise und die Währung, doch er meint die Härte der kommenden Verhandlungen, die ohne Schlichtungsinstanzen geführt werden müssen. Doch im Verein mit Herrn Pfordmenges ist es schließlich Herrn Paulsen gelungen, den Bundeskanzler zu einem Gutachterauftrag an Herrn Blessing zu bewegen, zu dem einzigen Zweck, damit den Weg für ein Einschreiten der Regierung gegen die Gewerkschaftsforderungen und eventuelle Streiks vorzubereiten.

Materiell bestünde zu einem Eingreifen der Regierung gar kein Anlaß. Schon seit dem August 1959 ist die Lohnquote unserer Industrie auf 37 vH. und damit auf den niedrigsten Stand nach der Währungsreform gesunken, die Gewinnquote aber auf 63 vH. gestiegen. Dieses Mißverhältnis dürfte bis zum Jahresende noch größer geworden sein. Es geht also nicht um Kosten und Gewinne in der Erzeugung, sondern um gesellschaftspolitische Machtpositionen der Unternehmer. Man fühlt sich stark genug, die Gewerkschaften zurückzudrängen. Das hat Köln unterstrichen.

Die Gewerkschaften sollen sich entweder freiwillig oder durch gesetzliche Beschränkungen eine von den Unternehmern erlaubte Freiheit erkaufen. Erkaufen über "maßvollere Forderungen" oder gar Verzicht, über Einschränkungen ihrer Handlungsfreiheit, doch dazu sind sie nicht bereit. Daher werden demnächst nicht nur Löhne und Gehälter und Fragen der Arbeitszeit, sondern vielmehr demokratische Freiheitsrechte zu einem Punkt der Auseinandersetzungen werden.

Möglicherweise werden sie mit allen Mitteln verfügbarer Macht geführt werden und das macht die kommenden Auseinandersetzungen bedeutungsvoller als es Lohnkämpfe und Fragen der Arbeitszeit überhaupt sein können.

"Europa ist nicht ohne die Arbeiter zu schaffen"

J.F. - Der erste Teil der vom 11. bis 15. Januar in Straßburg stattfindenden Sitzungsperiode des Europäischen Parlaments wird sozialen Fragen gewidmet sein. Gemäß Artikel 127 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft muß das Parlament zu dem von der EWG-Kommission ausgearbeiteten Entwurf der Verordnung für den europäischen Sozialfonds angehört werden.

Ein Instrument der europäischen Sozialpolitik

Der Sozialfonds hat im wesentlichen zum Ziel, die Beschäftigungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer im Gemeinsamen Markt zu verbessern. Zu diesem Zweck übernimmt er auf Antrag der Mitgliedsstaaten bis zu fünfzig Prozent ihrer Ausgaben für die Berufsumschulung der Arbeitnehmer sowie für Umsiedlungsbeförderungen. Hat die Umstellung eines Unternehmens eine vorübergehende Einschränkung der Beschäftigung zur Folge, kann der Fonds innerhalb derselben finanziellen Grenzen Beihilfen für die Arbeitnehmer gewähren, damit sie bis zur vollständigen Wiederbeschäftigung den gleichen Lohnstand beibehalten können. Der Ausschuß für Fragen der Sozialpolitik des Parlaments hat nach eingehender Prüfung dieses Entwurfes der Verordnung verschiedene Änderungen vorgeschlagen. Ziel dieser Änderungen ist, in Übereinstimmung mit den früheren Beschlüssen des Parlaments, das Tätigkeitsfeld des Fonds soweit wie möglich auszudehnen, um ihn zu einem nützlichen Instrument der europäischen Sozialpolitik werden zu lassen.

Einer Erweiterung seiner Aufgaben sind jedoch insofern Grenzen gesetzt, als der Fonds nur Beihilfen für derzeitige oder künftige Lohnempfänger vorsieht. Der Vertrag enthält hierüber keine genauen Angaben, er spricht nur ganz allgemein von "Arbeitskräften". Man hat sich jedoch gefragt, ob unter diesem allgemeinen Begriff ebenfalls die Landwirte und freiberuflich Schaffenden fallen. Ein Änderungsantrag des Ausschusses für Fragen der Sozialpolitik zielt darauf ab, auch diesen Schaffenden eine Unterstützung durch den Sozialfonds zukommen zu lassen, wenn sie sich für Lohnarbeit entscheiden. Nichts ist jedoch für die Landwirte und freiberuflichen Arbeitnehmer vorgesehen, die, wenn sie auch ihre Selbstständigkeit nicht aufgeben, gegebenenfalls einer Berufsumschulung bedürfen oder ihr Unternehmen umstellen möchten und auf diese Weise vorübergehend mit niedrigeren Einkünften zu rechnen haben.

Meinungsverschiedenheiten zu erwarten

Wahrscheinlich wird es während der Aussprachen zu zahlreichen Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung des in Artikel 123 des Vertrages enthaltenen Begriffes "Arbeitskräfte" kommen. Dies ist ein ernstes Problem, das entweder eine besondere Lösung oder eine Erweiterung der Zuständigkeit des Sozialfonds erfordert. Auf Grund der Aussprachen kann der Ministerrat, dem die endgültige Entscheidung obliegt, vielleicht zu einem festen Standpunkt gelangen. Innerhalb der vorgenannten Grenzen hat der Ausschuß für Fragen der Sozialpolitik unter dem Vorsitz des niederländischen sozialistischen Abgeordneten, G.M. Nederhorst, Änderungsvorschläge ausgearbeitet, die, wenn sie angenommen werden, eine Erhöhung der Leistungen des Fonds ermöglichen oder ihm eine aktivere Rolle einräumen würden.

Der Absatz 5, der dem Artikel 1 des Entwurfes der Verordnung hinzugefügt werden soll, bestimmt, daß der Fonds "auf Beschluß des Ministerrats und auf Vorschlag der Kommission zur Verwirklichung von (anderen) Vorhaben beitragen kann, deren Zweck es ist, die Beschäftigungsmöglich-

keiten der Arbeitskräfte zu verbessern und die örtliche und berufliche Freizügigkeit der Arbeitskräfte zu fördern." Wenn dieser Wortlaut angenommen wird, erhält der Fonds größere Aktionsmöglichkeiten und wird zur Verringerung der sozialen Unterschiede, die noch zwischen den Mitgliedsstaaten bestehen, beitragen.

Abgesehen von diesen mit dem Sozialfond zusammenhängenden Fragen wird sich das Europäische Parlament mit den sozialen Problemen befassen, die in dem zweiten Gesamtbericht der EWG behandelt wurden, und die Tätigkeit der Kommission auf diesem für den Aufbau Europas äußerst wichtigen Gebiet beurteilen. Man muß zugeben, daß hier bisher noch wenig getan worden ist. Diese Kommission befaßt sich immer noch mit vorbereitenden Untersuchungen oder trägt statistische Daten zusammen, die ihr ermöglichen, den ersten Richtpunkt für eine Sozialpolitik aufzustellen. Hoffentlich gedankt sie der Warnung, die ihr der belgische sozialistische Abgeordnete, Arthur Gailly, im Januar 1959 zurief: "Wir können Europa nicht ohne die Arbeiter schaffen Sie müssen eine Politik führen, die den Wünschen der Arbeiter entspricht".

Um die Revision des EGKS-Vertrages

Den letzten aber wesentlichen Punkt bildet die Erklärung der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) über das Problem der Anpassung in der EGKS. Insbesondere muß die Exekutive dem Parlament gegenüber präzisieren, wie sie die Frage der Einfügung der Bestimmungen von § 23 des Übergangsabkommens in den Vertrag lösen will.

Der Gerichtshof hat den von der Hohen Behörde und vom Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vorgeschlagenen Text eines Artikels 56a als unvereinbar mit den allgemeinen Grundsätzen des EGKS-Vertrages abgelehnt. Dieser Artikel sollte die Hilfeleistung für die Arbeitnehmer der Zechen erleichtern, die von den grundlegenden Änderungen der Absatzbedingungen für Kohle betroffen sind. Wie der Vorsitzende der Sozialistischen Fraktion, Willi Birkelbach, in einer Presseerklärung hervorhob,

"erkennt der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften in der Tat die Notwendigkeit einer Vertragsrevision an, um die Bewilligung von Beihilfen an die Arbeitnehmer derjenigen Unternehmen der Montanindustrie zu erleichtern, die durch grundlegende Änderungen der Absatzbedingungen betroffen werden. Er erklärt jedoch u.a. die zeitliche Begrenzung dieser Maßnahmen, sowie deren Beschränkung auf die Arbeitnehmer der Kohleindustrie als unvereinbar mit den allgemeinen Grundsätzen des EGKS-Vertrages. Diese Begrenzung war der Hohen Behörde jedoch vom Ministerrat und insbesondere von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland auferlegt worden. Infolgedessen trägt der Ministerrat die Verantwortung für die Unsicherheit, die nunmehr auf dem Gebiet der Wiederanpassungsmaßnahmen insbesondere zugunsten der von der Kohlekrise betroffenen Arbeitnehmer eintritt.

Die Sozialistische Fraktion des Europäischen Parlaments betont erneut die Notwendigkeit, die Arbeitnehmer vor eventuellen ungünstigen Auswirkungen der wirtschaftlichen Integration Europas und vor den Auswirkungen grundlegender Änderungen der Absatzbedingungen in der Gemeinschaft durch Umstellungs- und Anpassungsmaßnahmen abzusichern. Die Verwirklichung derartiger Maßnahmen

muß durch moderne arbeitsrechtliche Bestimmungen gesichert sein. Der Rechtsanspruch der Arbeitnehmer kann nicht durch Maßnahmen ersetzt werden, die in Zukunft nach dem Gutdünken des Ministerrats auf der Grundlage von Artikel 95, Absatz 1, getroffen würden. Jede Beeinträchtigung der gesellschaftspolitischen Position der Arbeitnehmer muß vermieden werden, wenn der Sache der europäischen Einigung kein dauernder und schwerwiegender Schaden zugefügt werden soll.

Deshalb darf am 10. Februar 1960 keine Einstellung der bisher auf Grund des Abkommens über die Übergangsbestimmungen gewährten Anpassungsbeihilfen erfolgen.

Die Sozialistische Fraktion selbst wird alles daransetzen, um die Hohe Behörde und den Ministerrat zu veranlassen, so bald wie möglich neue Vorschläge zur Revision des Artikels 56 des EGKS-Vertrages auszuarbeiten.

Sitzfrage und Europäischer Distrikt

Die Tagesordnung des Parlaments beschränkt sich nicht auf diese drei wesentlichen Fragen. Sie enthält auch wiederum die Frage des Sitzes der Europäischen Gemeinschaften und die etwaige Schaffung eines Europäischen Distrikts, über die erneut beraten wird. Die Debatte wird kaum neue Fakten enthalten, es sei denn vielleicht die wiederholt vorgetragene Forderung Straßburgs, zumindest Sitz des Europäischen Parlaments zu werden. Dies wird ein Anlaß für das Europäische Parlament sein, seiner Unzufriedenheit über die Untätigkeit der Regierungen der sechs Mitgliedsstaaten in dieser Frage Ausdruck zu geben.

Schließlich wird das Parlament zusätzlich einen kurzen Bericht über die Assoziation Tunesiens, Marokkos und der übrigen Länder, auf die sich die Absichtserklärungen der EWG beziehen, sowie über die laufenden Verhandlungen mit Griechenland und der Türkei prüfen. Es handelt sich hier um einen Versuch, den Begriff der Assoziation zu definieren und das Interesse einer solchen Assoziation für die Gemeinschaft darzulegen.

Gleichzeitig enthält der Bericht den Wunsch, die Verhandlungen mit Griechenland und der Türkei mögen erfolgreich verlaufen. Jeder hofft, dies, und das ist eigentlich auch ganz selbstverständlich.

+ + +

Die Probe der westlichen Welt

sp - Vorsichtig, abwägend, weder zu hoffnungsvoll jedoch frei von dunklen Untertönen - das war der Tenor der Botschaft des Präsidenten Eisenhower an die amerikanische Nation. Es war seine letzte Botschaft. Seine Amtszeit geht im nächsten Jahr zu Ende. Der letzten Botschaft eines ausscheidenden Präsidenten wird in der Regel kein besonderes politisches Gewicht mehr zugewiesen, richten sich doch alle Augen auf den mutmasslichen Nachfolger, der für die folgenden vier Jahre Gesicht und Inhalt der amerikanischen Aussen- und Innenpolitik bestimmt. Doch diesmal war es anders. Eisenhower sprach mit ungebrochener, wenn nicht gar vermehrter Autorität; seine Erfahrungen und die gerade im vergangenen Jahr durch viele Reisen in viele Länder gewonnenen Erkenntnisse verliehen seiner Stimme grösseres Gewicht und Bedeutung.

Zwei Grundmotive geben seiner Botschaft an die amerikanische Nation das bestimmende Gepräge. Die im letzten Jahr eingeleitete Entspannungspolitik mit "äusserster Ernsthaftigkeit" fortzusetzen und nichts unversucht zu lassen, um die Bereitschaft der Sowjetunion zur Sicherung des Weltfriedens und zur Abrüstung auf die Probe zu stellen. Dieses Bekenntnis zum "Geist von Camp David", den der bundesrepublikanische Verteidigungsminister Strauss zum kommunistischen Propagandaslogan erniedrigen möchte, schliesst den ernsthaften Willen ein, den Wettlauf des atomaren Rüstens zu stoppen, ohne dass dies auf Kosten der eigenen Verteidigungsfähigkeit geht. Eisenhower mahnte beide Häuser des Kongresses, sich nicht durch den gegenwärtigen Paketversprung der Sowjetunion verwirren zu lassen; die momentane technische Überlegenheit der einen Seite auf einem Teilgebiet ändere doch nichts an der entscheidenden Tatsache der Rüstungspriorität zwischen den beiden Giganten. Beide Seiten sind wohl in der Lage, sich gegenseitig tödliche Wunden zuzufügen. Was kann daran jeder Versuch - und das wären kostspielige, die ökonomischen und moralischen Energien verzehrende Versuche - den anderen doch noch übertrumpfen zu wollen, noch ändern?

Das politische Ringen der Weltmächte um Macht und Geltung führt im Sektor ungehemmter Rüstungen zum Stillstand. Schon früher hat Eisenhower erkannt, dass in der Epoche, die durch das atomare Gleichgewicht gekennzeichnet ist, die Militärische vor dem Ökonomischen zurückzutreten hat. Die Probleme der Entwicklungsländer drängen mit dynamischer Wucht in den Vordergrund. Hier ist die gesamte westliche Welt zur Tat und kühner Initiative aufgerufen. Aus entsetzlicher Armut können ebenso gewaltige Explosionen entstehen wie durch Atombomben. Es kann den Westen nicht gleichgültig sein, ob sich der unvermeidliche Aufstieg der entwicklungs-fähigen Gebiete im Feuer verzehrender Revolutionen oder in stetiger Entwicklung vollzieht. Eisenhower beschwor die westliche Welt, diese Gefahren und Möglichkeiten zu sehen und ihre Hilfeleistungen zusammenzulegen. Der Wohlstand der westlichen Industrieländer ist auf die Dauer gefährdet, bleiben grosse Teile der Welt der Geissel von Not, Krankheit und ökonomischer Rückständigkeit überlassen. Hier hat die westliche Welt, das machte Eisenhowers Botschaft deutlich, noch die Bewährungsprobe zu bestehen.

Farbige Studenten und die deutsche Bevölkerung

sp - Ende Januar wird in Bad Godesberg eine von der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes einberufene Tagung stattfinden, auf der Politiker, Wissenschaftler und Publizisten von Ruf das äusserst interessante Problem und die Frage diskutieren werden, wie der Kontakt zwischen den in der Bundesrepublik studierenden farbigen Studenten und der Bevölkerung verbessert werden kann. Alle unsere Hilfen für die Entwicklungsländer, aber auch die finanziell erheblichen Mittel, die für die Aufnahme von rund 2 000 asiatischen und afrikanischen Studenten an deutschen Hochschulen aufgebracht werden, erscheinen problematisch, wenn sich die jungen Gäste bei uns nicht wohlfühlen.

Bisher gemachte Erfahrungen besagen, dass junge Afrikaner und Asiaten in der Bundesrepublik meist recht isoliert leben, zwar Kontakt zu ihren Studienkollegen haben, aber kaum Eingang in andere Bevölkerungskreise finden. Oft verlassen sie die Bundesrepublik mit dem Gefühl, menschlich isoliert geblieben zu sein.

Nun muss man wissen, dass die meisten dieser jungen Studenten aus Afrika und Asien den Intelligenzschichten ihrer Heimatländer angehören und dass viele von ihnen in wenigen Jahren an entscheidenden Stellen in Wirtschaft, Politik oder Verwaltung stehen werden. Die rein menschlichen Erlebnisse, die sie während ihres Aufenthaltes in der Bundesrepublik gehabt haben, werden dann mitentscheidend für ihre Einstellung zu uns sein.

So sind zum Beispiel Fälle bekannt geworden, in denen Zimmervermieter sich weigerten, einen "schwarzen Studenten" zu nehmen oder einen so hohen Aufpreis verlangten, dass das Mietverhältnis nicht zustandekommen konnte. Versuche junger Studenten aus Afrika und Asien, Kontakt zu deutschen Familien zu finden, sind nur recht selten von Erfolg gekrönt. Man darf nicht etwa annehmen, dass solche Vorfälle auf schlechten Willen oder eine prinzipielle Voreingenommenheit deutscher Bevölkerungskreise gegenüber den farbigen Studenten hinweisen. Meist handelt es sich um Gedankenlosigkeit oder um Unkenntnis der Problematik dieser jungen Menschen, die an unseren Hochschulen studieren.

Alle diese Fragen gewissenhaft zu überprüfen, ihre Bedeutung in das rechte Licht zu stellen und Vorschläge zur Überwindung von Missverständnissen zu entwickeln, soll die Aufgabe der Tagung in Bad Godesberg sein. Wir glauben, dass es sich hierbei um eine nützliche Arbeit handelt, die die volle Unterstützung der ganzen deutschen Öffentlichkeit verdient.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel